

Volksstimme

Einzelpreis 1.25 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Vautl, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 60,00 Mark, monatlich 20,00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 57,00 Mark, monatlich 19,00 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 60,00 Mark, monatlich 20,00 Mark. — Anzeigengebühr: die gespaltene Spaltenbreite 3,00 Mark, auswärts 4,50 Mark, im Restemerkel Seite 11,00 Mark, auswärts 15,00 Mark. Veretinständer Seite 2,50 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 95.

Magdeburg, Sonntag den 23. April 1922.

33. Jahrgang.

Zwei Antworten.

Die deutsche.

In einer gedrängten Fassung haben wir die deutsche Antwort auf die alliierte Missfession in der gestrigen Nummer schon mitgeteilt. Während des Druckes der letzten Auflage lief der Text der deutschen Vertretung ein. Er bewegt sich genau in dem Rahmen, der in der Notiz angegeben war.

Die deutsche Regierung betont, daß die deutsch-russischen Verhandlungen schon vor mehreren Wochen abschlußbereit vorgelegen haben. Sie sind nicht Hals über Kopf in Genua begonnen und beendet worden, wie in der ersten Veröffentlichung von alliierter Seite behauptet worden ist. Gewiß hat Genua den Abschluß bekräftigt, aber nur deshalb, weil die Alliierten den von ihnen proklamierten Grundgedanken der Loyalität und Solidarität aller Beteiligten verletzten: die Deutschen wurden zu den alliierten Beratungen mit den Russen nicht hinzugezogen, die Entente versuchte einen Sondervertrag mit den Bolschewisten zu schließen, dessen Kosten die Deutschen zu zahlen gehabt hätten.

Alliierte Vertreter wurden von deutscher Seite darauf aufmerksam gemacht, daß angesichts eines solchen Vorgehens die Deutschen gezwungen würden, ihrerseits mit den Russen einen Vertrag abzuschließen. Die Warnung nützte nichts, die alliierten Verhandlungen gingen weiter. Als dann am Sonnabend abend den Deutschen mitgeteilt wurde, die Erörterungen stünden kurz vor ihrem günstigen Ende, griffen sie selbst ein und schlossen ihre wochenlangen Verhandlungen mit den Russen am Donnerstagabend ab. Der Zwischenfall war da.

Der springende Punkt dieser Darstellung liegt in der Benachteiligung der Deutschen über die günstige Entwicklung der russisch-alliierten Verhandlungen. Tatsächlich war am Sonnabend abend das Gegenteil eingetreten. Die Erörterungen waren wegen einseitigen unüberwindlicher Schwierigkeiten abgebrochen worden. Die Deutschen haben sich daher in eine Falle locken lassen. Von welcher Seite sie gestellt wurde, wissen wir noch nicht. Manche behaupten, die Italiener, manche sagen, die Russen selbst hätten ihnen die falsche Meldung überbracht. Das wird noch Klarzustellen sein. Sicherlich wäre die Möglichkeit, die die Welt wieder mal gegen uns aufgebracht hat, vermieden worden, wenn den Deutschen die Wahrheit gesagt oder wenn sie es nicht so eilig gehabt hätten, auf die falsche Meldung hereinzufallen. Diese Möglichkeit hätte uns Haar die ganze Konferenz gesprengt und wie ehemals die Deutschen als die Friedensförderer hingestellt. Die französischen Imperialisten hätten sich ins Häuschen gelacht: die Deutschen hätten für sie gearbeitet.

Zum Beweise für diesen Vorgang und als Unterlage für die katastrophale Wendung, die die deutsche Eilfertigkeit uns Haar hätte nehmen können, der Text der deutschen Antwort:

Herr Präsident! Auf das von Ihnen gemeinsam mit dem Vorsitzenden der französischen, britischen, japanischen, belgischen, tschechoslowakischen, polnischen, jugoslawischen, rumänischen und portugiesischen Delegation unterzeichnete Schreiben vom 18. April beziehe ich mich folgendes zu erklären:

Seit mehreren Jahren hat Deutschland die russische Sowjetrepublik anerkannt. Eine Auseinandersetzung zwischen beiden Ländern über die Folgen des Kriegszustandes war jedoch notwendig, bevor die ordentlichen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden konnten. Die Verhandlungen, die hierüber zwischen den beiden Regierungen geführt wurden, waren schon vor mehreren Wochen so weit vorgeritten, daß sie einen Abschluß ermöglichten. Die russische Vertretung war für Deutschland deshalb besonders wichtig, weil hier die Möglichkeit bestand, mit einem der großen am Kriege beteiligten Staaten zu einem Friedenszustand zu gelangen, der alle dauernde Schuldnerpflicht ausschließt und von Grund auf erneute und durch die Vergangenheit nicht belastete freundschaftliche Beziehungen ermöglicht.

Deutschland ging nach Genua mit dem herzlichsten Wunsch auf gemeinsame Arbeit mit allen Völkern für die Wiederaufbau des leidenden europäischen Erdteils, im Vertrauen auf das wechselseitige Verständnis für die Sorgen aller seiner Glieder. Die Vorschläge des Londoner Programms ließen die deutschen Interessen außer acht; ihre Unterzeichnung hätte drückende Reparationsansprüche Russlands gegenüber Deutschland hervorgerufen. Eine Reihe von Bestimmungen hätte dazu geführt, daß die Folgen der zaristischen Kriegsgesetze Deutschland allein zur Last gefallen wären.

Wiederholt hatte die deutsche Delegation Mitglieder der Delegationen der einladenden Mächte in eingehenden Verhandlungen auf diese schweren Bedenken aufmerksam gemacht. Dies ist jedoch ohne Erfolg geblieben. Vielmehr wurde der deutschen Delegation bekannt, daß die einladenden

Mächte Sonderverhandlungen mit Rußland eingeleitet hatten. Mitteilungen über diese Verhandlungen ließen darauf schließen, daß eine Verständigung binnen kurzem bevorstand, daß aber die Berücksichtigung der gerechten deutschen Wünsche nicht in Aussicht genommen war. Die deutsche Delegation ließ demgegenüber keinen Zweifel, daß sie gezwungen sei, ihre Interessen unmittelbar zu vertreten, da sie sonst in die Lage gekommen wäre, sich in ihren Kommissionen einem Entwurf gegenüber zu setzen, der für sie unannehmbar, aber von der Mehrheit der Kommissionenmitglieder bereits vereinbart war. Der Vertrag mit Rußland ist deshalb am Sonntag abend in genauer Übereinstimmung mit dem bereits vor Wochen aufgestellten Entwurf unterzeichnet und alsbald bekanntgegeben worden.

Dieser Vorgang zeigt in aller Deutlichkeit, daß die deutsche Delegation den Weg der Verhandlungen mit Rußland nicht aus Mangel an Gemeinschaftsinn, sondern aus zwingenden Gründen bestritten hat. Er zeigt ebenso deutlich, daß die deutsche Delegation bestrebt gewesen ist, von ihrem Verfahren jede Heimlichkeit fern zu halten. Es würde durchaus den Wünschen der deutschen Delegation entsprechen, wenn in der Konferenz eine allgemeine Regelung der russischen Frage gelänge und wenn in diese Gesamterregung der deutsch-russische Vertrag eingegliedert werden könnte. Die Möglichkeit hierfür ist sehr wohl gegeben. Der Vertrag greift in das Verhältnis dritter Staaten zu Rußland in keiner Weise ein. Auch ist er in jeder seiner Bestimmungen von dem Gedanken getragen, dessen Verwirklichung mit Recht als das Hauptziel der Konferenz bezeichnet wird, nämlich von dem Geiste, der das Vergangene als endgültig abgeschlossen ansieht und neue Grundlagen für den gemeinsamen friedlichen Wiederaufbau zu schaffen sucht.

Was die Weiterbehandlung der russischen Fragen in der Konferenz betrifft, so hält auch die deutsche Delegation es für richtig, daß sie sich an den Beratungen der ersten Kommission über diejenigen Fragen, die den zwischen Deutschland und Rußland bereits geregelten Fragen entsprechen, nur dann beteiligt, wenn etwa ihre Mitarbeit besonders gewünscht werden sollte. Dagegen bleibt die deutsche Delegation an allen denjenigen der ersten Kommission übertragenen Fragen interessiert, die sich nicht auf die im deutsch-russischen Vertrag geregelten Punkte beziehen.

Die deutsche Delegation hat mit Genugtuung die Entwicklung begrüßt, welche die Verhandlungen der Kommission genommen haben. Sie fühlt sich einig mit dem Geiste der Solidarität und des Vertrauens, der diese Arbeiten befeuerte. Weit entfernt von dem Gedanken, sich von der europäischen Gemeinschaftsarbeit abzuwenden, ist sie bereit, an den von der Konferenz von Genua zu erfüllenden Aufgaben im Sinne der Völkerfreundschaft und im Sinne des Ausgleichs östlicher und westlicher Wohlfahrt mitzuarbeiten.

Angesichts der verhängnisvollen Zuspitzung, die der deutsche Schritt erfahren, ist das deutsche Einlenken unbedingt notwendig gewesen. Es gibt überdies sachlich für die Deutschen nichts preis. Sie scheiden aus der Kommission, so lange und so weit die alliierten Verhandlungen mit den Russen dort laufen. Sie treten wieder ein, wenn andere Beratungsgegenstände zur Erörterung kommen. Die Buße ist leicht zu tragen, da ja die Deutschen ihre Fragen mit den Russen schon geordnet haben.

Die russische Antwort.

Nun geht es an die schwerere Arbeit, zwischen der Sowjetmacht und den Alliierten ein Einverständnis zu erzielen. Die Entente ist nicht gewillt, wie die deutsche Republik einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen und auf neuem Grund ein neues Nebeneinanderleben zu beginnen. Die Entente will vielmehr eine Kontinuität, eine enge Verbindung zwischen dem Zarisismus und der Sowjetrepublik herstellen. Sie verlangt die Anerkennung und Abzahlung der zaristischen Schulden und die volle Entschädigung oder Wiedereinsetzung der durch die Sowjetregierung enteigneten alliierten Ausländer.

Darob ist es am Sonnabend vor Ostern zum einseitigen Abbruch der Verhandlungen gekommen, den Russen wurde aufgetragen, anzugeben, was sie zu bieten vermöchten. Die Offerte liegt jetzt vor. Sie sieht so aus:

Die russische Delegation hat mit größter Aufmerksamkeit die Vorschläge der alliierten Regierungen geprüft, die in dem Antrag zum Protokoll vom 15. April d. J. enthalten sind, und hat gleichzeitig die Ansicht ihrer Regierung darüber eingeholt. Die russische Regierung verbleibt bei der Ansicht, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Rußlands und die Umstände, die sie herbeigeführt haben, Rußland reichlich berechtigen würden, sich von allen seinen in den oben erwähnten Vorschlägen angeführten Verpflichtungen im Hinblick auf seine Gegenforderungen befreit zu sehen. Indessen ist die russische Delegation bereit, einen weiteren Schritt zu tun in dem Bestreben, zur Herbeiführung einer Lösung der Differenzen auszugleichen. Sie ist bereit, die Artikel 1, 2 und 3a des oben erwähnten Anhangs unter folgenden Bedingungen anzunehmen:

1. daß die Kriegsschulden und die Zinsenrückstände oder die aufgeschobenen Zinszahlungen aller Schulden hermindert werden.
2. daß ein angemessener finanzieller Beitrag aus Rußland bewilligt werde, um ihm zu helfen, aus seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage so schnell wie möglich herauszukommen.

Was Artikel 2b betrifft, so ist die russische Regierung unter dem Vorbehalt der oben angeführten Bedingungen bereit, denormaligen Eigentümern die Rußniezung ihrer nationalisierten oder beschlagnahmten Güter wiederzugeben, oder, falls dies nicht möglich ist, den berechtigten Forderungen der ehemaligen Eigentümer Genüge zu tun; sei es durch ein gemeinsames, direkt mit ihnen abgeschlossenes Abkommen, oder auf Grund von Abkommen, deren einzelne Bestimmungen auf gegenseitigen Konzessionen errichtet und festgelegt werden würden.

Ein finanzieller Beitrag von Seiten des Auslandes ist absolut unentbehrlich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands. Solange sich keine Aussicht auf Wiederaufbau bietet, sieht die russische Delegation keine Möglichkeit, ihr Land mit dem Gewicht der Schulden zu belasten, die es nicht bezahlen konnte.

Die russische Delegation wünscht auch klar zu verstehen zu geben, obgleich sich dies eigentlich von selbst versteht, daß die russische Regierung keinerlei Verpflichtungen für die Schulden ihrer Vorgängerin übernehmen kann, solange sie nicht offiziell die jure von allen interessierten Mächten anerkannt worden ist.

In der Hoffnung, daß Sie diese Vorschläge für eine ausreichende Grundlage zur Wiederaufnahme der Beziehungen ansehen, verbleibe ich (gez.) N. Schicherin.

Die russische Delegation hat außer diesem Briefe noch ein ausführliches Memorandum überreicht, welches eine Erwiderung auf das Memorandum der Alliierten darstellt.

Die russische Antwort kommt den Alliierten entgegen. Sie bietet einen Boden für Verhandlungen, stellt aber eine Bedingung, gegen die sich manche Alliierte heftig wehren werden. Die Sowjetmacht verlangt, daß sie von der Entente rechtlich anerkannt werden muß, bevor sie irgendwelche Verpflichtungen übernehmen kann. Gegen diese Anerkennung als gleichberechtigte Macht wehren sich besonders die Franzosen. Sie werden aber über den bolschewistischen Stock springen müssen, wenn sie materiell für die französischen Gläubiger etwas herauszolen wollen.

Diese Möglichkeit läßt die russische Antwort offen. Die Sowjetrepublik will für die Zinsenrückstände und die Kriegsschulden des Zarisismus einstehen, wenn diese erstens wesentlich ermäßigt werden und wenn zweitens ihnen das Geld vorgestreckt wird, das dazu nötig ist. Also: alles gibt's nicht und was es einmal gibt, müßt ihr uns erst pumpen.

Viel ist das nicht. Die Franzosen werden saure Gesichter ziehen. Wie soll die nationalitische Regierung vor ihren Abgeordneten und Wählern bestehen, wenn sie ihnen sagen muß, daß sie zuvor vorstrecken müssen, was sie einstmals ausgezahlt haben wollen? Es wird in den nächsten Tagen daher ein böses Würgen in der ersten Gemeser Kommission geben.

Zimmerhin sind aber die Sowjetzaren ihren Gegnern verschiedene Schritte entgegengekommen. Zimmerhin ist festzustellen, daß von der Weltrevolution und der Niederstreckung des westeuropäischen Kapitalismus keine Rede mehr ist. An solche Märchen glauben nur noch deutsche Kommunisten. Ihre russischen Geldgeber machen Geschäfte mit dem westlichen Kapitalisten oder versuchen es doch, an sie heranzukommen. Sie treiben positive praktische Politik im Interesse ihres Landes und seiner Bevölkerung. Sie machen das gleiche, was die deutschen Sozialdemokraten für ihr Land und für ihr Volk tun, wofür sie von den kommunistischen Wirrköpfen als „Verräter“ gebrandmarkt werden.

Diese hollösen Phantasien mögen in den nächsten Tagen oder Wochen verfolgt werden, wie ihre russischen Apostel in der Praxis die Weltrevolution vorbereiten. Kommen sie mit ihren alliierten Gegnern zur Einigung, dann wird der westliche Kapitalismus so oder so den Nutzen daraus ziehen und befestigt werden. Gelingt die Einigung nicht, dann ist es mit der Weltrevolution genau so windig wie vorher bestellt. Solche Wharzen sieht man nur noch deutschen Kommunisten auf, die hinter jeder Seifenblase einherlaufen.

Die Einigung wird schwer herzustellen sein. Der französische Imperialismus läßt alle Miner springen. Zunächst gegen den deutsch-russischen Vertrag. Er soll aufgehoben werden. Wenn nicht auf der Konferenz, dann indirekt von der Reparationskommission; wenn nicht von dieser, dann direkt von der Bolschewistenkonferenz oder dem Obersten Rat. Und wenn diese Instanzen sich dazu nicht bereit erklären, dann mit Gewalt. Der französische Generalstab hat den Einmarsch ins Ruhrrevier auf dem Papier schon fertig. Wollen die Engländer nicht mit marschieren, dann marschieren die Franzosen allein.

So wird aus Paris in langen Telegrammen gemeldet. Infolge der deutschen Möglichkeit waren die französischen Nationalisten einige Tage lang obenauf; daß deutsche Einlenken hat sie um die Hoffnung gebracht, daß die Konferenz von den Deutschen gesprengt würde und daß diese alsdann mit dem Odium der Friedensförderer herumlaufen müßten. Nun fallen die französischen Säbelträger in ihre alte Rolle

zurück und rüben mit Macht wieder in die Fokierung hinein, aus der sie durch die deutsche Ueberrichtung vorübergehend befreit worden waren.

Dem etwas andres wie die Fokierung ist aus Genua nicht zu holen, wenn den französischen Trompetenstößen irgendwelche Taten folgen sollten. Deshalb braucht man die gepanzerte Faust der französischen Sieger einzuwirken nicht tragisch zu nehmen. England und Italien folgen nicht auf den Wegen zur französischen Hegemonie über Europa. Sie haben ein dringendes Interesse daran, Europa wieder aufzubauen, nicht aber daran, aufs neue den Weltkrieg zu entfesseln.

In der ersten Genueser Kommission werden daher in den nächsten Tagen harte Kämpfe ausgefochten werden. Ein Blick, daß Deutschland dabei außer Schußlinie steht.

Um die Meißbegünstigung.

Die Unterkommission für Wirtschaftsfragen hat den größten Teil der zur Beratung stehenden Fragen zum Abschluß gebracht. Es wurde eine Kommission eingesetzt die alle vorliegenden Anträge zu einer Einheitsresolution ausarbeiten soll.

Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt nahm auch in dieser Sitzung das Wort zu einer kurzen, aber wirkungsvollen Rede über das Meißbegünstigungsrecht. Schmidt wünschte eine allgemeine Verständigung über die handelspolitischen Fragen, insbesondere von solchen Mächten, die geographisch eng zusammenhängen. Die Meißbegünstigung dürfe nicht mehr wie heute einseitig gehandhabt werden, zumal eine Anzahl von Staaten gebunden seien (Versailler Vertrag) und Gegenleistungen nicht verlangen können. Wir müssen unbedingt wieder zu einem Zustand des internationalen Ausgleichs und des gleichen Rechts kommen. Noch sei ein internationaler Handel durch Staatszölle in Europa, die vielen Währungen und die Differenzierung im Eigenbedarf gehindert. Zum Schluß kündigte Schmidt neue Anträge der deutschen Delegation zum Meißbegünstigungsrecht an.

Handelsprobleme.

Am Donnerstag legte der Ausschuss für materielle Handels- und Wirtschaftsfragen, Krassin erklärte, daß Russland grundsätzlich aus praktischen Erwägungen heraus vorläufig an der Aufrechterhaltung der Einfuhrverbote festhalten müsse. Erst wenn der Wiederaufbau innerhalb der einzelnen Staaten, das ökonomische Gleichgewicht zwischen den Staaten und die Stabilisierung der Währung erreicht sei, könne in Europa die Handelsfreiheit propagiert werden. Für Russland handle es sich aber nicht um unverständliche, zollrechtliche, sondern um Maßnahmen, die verhindern sollen, daß Russland in eine Kolonie verwandelt wird. Krassin forderte eine systematische Verteilung der Rohstoffe unter die einzelnen Länder und stellte eine spezielle Note über das russische Außenhandelsmonopol in Aussicht.

Der italienische Handelsminister überreichte einen Entwurf eines internationalen Abkommens, in dem sich die vertragsschließenden Staaten verpflichten, den Handel nicht durch Verbote zu erschweren, abgesehen von Gründen der öffentlichen Sicherheit, des öffentlichen Schutzes und von Waren, die Gegenstände des Staatsmonopols sind. Die Staaten sind berechtigt, sich gegenüber Gütern zu schützen, deren Preisniveau unter dem Herstellungspreis im Inland liegt. In Zweifelsfällen ist das Internationale Schlichtegericht im Haag anzurufen.

Die englische Delegation überreichte einen Abänderungsvorschlag zum Londoner Memorandum. Zum Schluß wurde folgendes Ergebnis festgestellt: Die zum Vertrag im Hinblick auf Genua anwesenden Delegationen berechnen, Vorarbeiten über weitere Disziplinierungsgegenstände außerhalb des Londoner Memorandums dem Ausschuss schriftlich zu übermitteln. Der Ausschuss wird sich darüber äußern.

ob er diese Gegenstände selbst behandelte, oder durch eine besonders einzusetzende Sachverständigenkommission behandeln lassen wird. In der Zwischenzeit soll im Anschluß an die Leitfäden des Londoner Memorandums mit der Diskussion fortgefahren werden.

Der internationale Gewerkschaftskongress.

Am Donnerstag vormittag um 10 Uhr wurde in Rom der internationale Gewerkschaftskongress eröffnet. Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten ergriff d'Arragona als Vertreter des italienischen Gewerkschaftsbundes das Wort zu einer kurzen Begrüßungsrede, in der er darauf hinwies, daß Italien zum erstenmal die Ehre hat, den Internationalen Gewerkschaftsbund als Ganzes bei sich zu empfangen. In Genua werden die Verhandlungen von dem Standpunkt der nationalen Interessen aus geführt. In Rom jedoch soll die internationale Solidarität in den Vordergrund der Debatten gestellt werden. In Genua lehnt man es ab, die Abrüstungsfrage zu erörtern. In Rom soll sie das Hauptthema sein. Das Proletariat muß sich fester denn je zusammen schließen.

Präsident Thomas führte nach ihm aus: Wir vertreten hier 24 Millionen Arbeiter. Das ist die größte internationale Macht, die heute besteht. 20 Nationen sind hier vertreten. Es ist ein Zufall, daß gleichzeitig die Konferenz von Genua und der römische Kongress tagen. Wenn wir auch wissen, daß die Konferenz von Genua der Wiederherstellung des Kapitalismus dienen soll, werden wir doch erklären, daß dort schwerwiegende Beschlüsse gefaßt werden, die auch für die Arbeiter aller Länder von größter Bedeutung sein werden. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen in Genua in einem solchen Geiste geführt werden, daß die Leiden der acht letzten Jahre vergessen werden. Trotz aller Opfer des Krieges stehen in Europa heute eine Million Menschen mehr in Waffen als vor dem Kriege. Obwohl es zehn Millionen Menschen gibt, die gern arbeiten würden, können sie keine Arbeit finden. Dies sei die schwerste Anklage gegen die Zivilisation. Die Arbeiter der verschiedenen Länder sind aufeinander angewiesen. Der Internationalismus muß der Kampf der Arbeiter sein. Obwohl die Arbeiter keine gemeinsame Sprache sprechen, verstehen sie einander doch, da sie die gemeinsame Sprache der Menschlichkeit reden. Die Internationale war es, die die erste energische Aktion gegen die Blockade Russlands durchführte, die 150 000 Pfund Sterling für die russische Hilfsaktion aufbrachte. Kerner sei erinnert an den Kampf gegen Sorgh-Hungarn und an die Aktion gegen die Munitionslieferungen Polens. Die Internationale hat viel geleistet, ohne zu fragen, ob ihr auch in Sowjetland das Recht zur Propaganda geblieben ist. Sie wird so auch weiter handeln, selbst wenn sie von den Russen wenig Dank dafür erntet.

Im weiteren Verlauf der Sitzung ergriff Kautz das Wort, der dem Konreß Mitteilung vom Ableben Sues machte zu dessen Ghrung sich die Anwesenden erhoben. Es wurde beschlossen, an die Familie Sues und an den Bergarbeiterverband Beileidstelegramme zu senden.

Verschwörung in Genua?

Die Genueser Polizei hat in den letzten Tagen eine Anzahl Russen verhaftet, die zum Teil von Paris kamen und sich als deutsche Kaufleute in ihren Arbeitsquartieren bezeichneten. Die italienische Polizei, die mit den russischen Geheimpolizisten zusammen arbeitet, glaubt ein Komplott gegen die russischen Delegierten aufgedeckt zu haben. Im ganzen wurden bisher 15 Verhaftungen vorgenommen.

Fünf der Verhafteten sind vor wenigen Tagen aus Berlin gekommen und besaßen deutsche Pässe. Diese Pässe wurden als gefälscht erkannt. Man nimmt an, daß die nachgemachten Ausweispapiere aus einer der verborgenen kommunistischen Fälschwerkstätten stammen. Auf diesem Wege hätten sich aber die Pässe nicht ohne deren Geld so gute Fälschwerkstätten nicht möglich wären — selber gefälscht, was gar nicht unwahrscheinlich ist. Unter den Verhafteten befindet sich ein bekannter russischer Konarist.

Die Kartoffelversorgung gefährdet.

In Berlin hat eine Besprechung über die Kartoffelversorgung im Winter 1922 stattgefunden, deren Ergebnisse Anlaß zu den schwersten Besorgnissen geben müssen. Es hat ganz den Anschein, als fürchte man sich vor den Landböden, die mit Steuerfreib, Lieferfreib und andern drohen, wenn für die landwirtschaftlichen Produkte nicht Handelsfreiheit, das heißt Wucherfreiheit gesichert wird. Entgegen dem Verlangen der Verbraucher soll auch im kommenden Erntejahr die Kartoffelversorgung nicht durch eine Umlage wenigstens teilweise gesichert, sondern ganz dem „freien Handel“ überlassen werden. Ein offizieller Bericht befragt:

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand unter dem Vorsitz des Reichsministers Fehr eine Besprechung mit den Regierungen der Länder über die Regelung der Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1922 statt. Die Versammlung stimmte darin überein, daß rechtzeitig Vorseorge getroffen werden müsse, um den in diesem Wirtschaftsjahr hervorzugetretenen Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung im neuen Wirtschaftsjahr zu begegnen.

Im Anschluß an frühere Beratungen wurde eingehend erörtert, ob eine Kartoffelumlage ausgeschrieben werden könne. Gegen einen von verschiedenen Seiten unterbreiteten Vorschlag, wenigstens einen Teil des Bedarfes durch eine Umlage sicherzustellen, wurden von anderen Teilnehmern ernste Bedenken erhoben. Insbesondere wurde von den Vertretern der für die Kartoffelaufbringung in erster Linie in Betracht kommenden Länder unter Hinweis auf die abnehmende Stellungnahme sowohl der überwiegenden Mehrheit der Städte wie der ländlichen Kommunalverbände die technische Durchführbarkeit einer solchen Maßnahme bezweifelt.

Nach längerer Aussprache wurde in Aussicht genommen, den Abschluß von Lieferungsverträgen mit großen Verbrauchergaruppen zu fördern und auf eine vermehrte Wagnisstellung zwecks schnellerer Versorgung der Bevölkerung hinzuwirken.

Abschließend erklärte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, daß hiernach von der Vorlegung eines Gesetzesentwurfs über die Ausschreibung einer Umlage kurzzeitig abzusehen sei und daß die Verhandlungen mit den Beteiligten über den freiwilligen Abschluß von Lieferungsverträgen mit größter Beschleunigung aufgenommen werden würden.

Dem neuen Reichsernährungsminister wird es ebenso wenig wie seinen Vorgängern gelingen, nur durch Lieferungsverträge die Kartoffelversorgung zu sichern. Ueberdies ist das wesentlichste Merkmal der Kartoffelumlage weniger die Erfassung bestimmter Mengen, sondern vor allem die Erfassung zu bestimmten Preisen, und zwar in einer Höhe, daß es den Kreisen des deutschen Volkes, die ausschließlich von Lohn oder Gehalt leben müssen, möglich ist, sich mit Kartoffeln einzudecken.

Der Beschluß der Berliner Konferenz darf nicht ein endgültiger sein und wir erwarten von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie sofort nach Wiedervereinigung des Reichstags entsprechende Maßnahmen von der Regierung verlangt.

Ein Landwirt über den Lebensmittelwucher.

Der oldenburgische Ministerpräsident Lauen, ein Landwirt, der gerade wegen seiner landwirtschaftlichen Sachkenntnis von den nimmersatten Agrariern aufs heftigste bekämpft wird, sprach in Hamburg in öffentlicher Versammlung gegen Teuerung und Lebensmittelnot. Aus seinen Ausführungen ging deutlich hervor, daß unsere heutige Lebensmittel- und Teuerungsnote zu einem großen Teile durch die Profitgier der Agrarier mitverschuldet ist. Unsere Lebensmittel könnten billiger geliefert werden, wenn nur der gute Wille und die Einstellung auf die wirkliche Kaufkraft der werktätigen Be-

Kleines Feuilleton.

Peer-Ghnt-Regitation.

Im Gauß-Problem ist im 19. Jahrhundert kaum einer der großen europäischen Dichter verhandelt worden — selbst der Naturforscher hat sich ihm gekümmert. Gerhard Hauptmann hat sich seine „Verstorbene Glocke“ und beinahe alle seine anderen Werke nach der Möglichkeit einer Erklärung der menschlichen Persönlichkeit für die nach Goethe ein „Kraut und Unkraut“ gefunden hatte, mit einem verarbeiteten „Gauß“. Der Nordländer, immer dessen Name die ganze naturwissenschaftliche Welt im Drama steht, hat auf Strindberg hin, Hauptmann hat sich auf seine eigene, höchst merkwürdige Art mit dem Problem auseinandergesetzt. Es ist nur natürlich, daß der norddeutsche Volksgenosse die kindliche Erinnerung an die Verurteilung Peer Ghnt, des Gauß-Wandlers, nicht vergessen haben, aber es heißt schon verstanden und verstanden, wenn man aus diesen norddeutschen Charakter den ganzen Reiz und seine Wirkung, die das Welt- und Menschheitsbild heraus, erkennen will. Es ist nicht ohne ein gewisses Erstaunen, daß einer vertritt, das Leben mit diesem Menschen, dem man aus diesen norddeutschen Charakter den ganzen Reiz und seine Wirkung, die das Welt- und Menschheitsbild heraus, erkennen will. Es ist nicht ohne ein gewisses Erstaunen, daß einer vertritt, das Leben mit diesem Menschen, dem man aus diesen norddeutschen Charakter den ganzen Reiz und seine Wirkung, die das Welt- und Menschheitsbild heraus, erkennen will.

Heldentum übertrahlt. Die Szenen mit der Mutter Aase, der er mit seinen Phantasieren den Tod leicht macht, und mit Solbjerg durchdringt eine wundervoll sonnige Güte, wie man sie sonst kaum bei dem unerlösten Gesellschaftsritier findet. Seine Symbole von den Drollen, als dem Menschen des großen Kampfes, die jede Persönlichkeit zu ihrem dämpften, gedankenlosen Niederknien heruntersinken würden, von der Zweifel, die, das getreue Abbild von Kerts Persönlichkeit, nur Schalen sind und keinen Kern, vom Auspflieger als dem Tode, sind laute poetische Sätze. Ein Jammern, daß die Sprache den hohen Gedankenflug nicht mithalten, sondern in solche Tiefen stürzt wie „Ich habe die Aase hoch“, „Ich so weiter im Leg“, „Versuch“, und „genade“, „Schuldfrage der ist nicht von Pappe“. Selbst wenn man annehmen, daß die Verkündigungsart des Ueberlebens entgegen Anteil hat an diesen fabeln unbegreiflichen Geschmacksentstellungen, so bleibt bei der Verwandtschaft der skandinavischen mit der deutschen Sprache, das immer noch der peinliche Eindruck zurück, daß Solbjerg hier wie im „Brand“ sprachlich anzunehmen und gereimte Prosa geschrieben hat anstatt poetischer Verse. Man merkt dann immer wieder, wie ein unheimliches Kommen und Schrecken war an unserm „Gauß“.

Die Überborte des Buches vermitteln Dessofer Räucher. Ueberhand nimmt nicht die Fülle unersetzlicher Gedanken zur Verfügung; sie können sich denn sicher vorteilhafter anstellen als im Saale der Stille. Derr Schönborn mag ein nicht brauchbarer Darsteller der Zeitrolle sein, zum Regisseur mag er nicht. Er müht sich mit dem Namen, hängt sich fertig vor, lobt sich selbst, als wolle er den Vortrag nicht umwerfen, er bräut und lobt, er schreit ja brülli mannschaft bis zur Unmöglichkeit. Ganz abgesehen davon, daß er mit seinem Namen Kampfer nicht, begehrt er schämte Stunden gegen die Größe der Regimentsführung, verweigert er das Vertragspodium mit der Bühne. Nach einer Stunde war er bereits heiser, im 2. Akt des langen Aktes war er gar wie erledigt. Die unvollständigen Darstellungen waren erst recht ungenügend. Die Szenen des zweiten Aktes, der Kampf mit einem großen Anführer und dem seine Fülle war ungenügend (Hans Todt) — langsam die Verwandlung fand unter keinem glücklichen Stern. Es ist und bleibt verwunderlich, daß man den Dessofer nicht, wie es ein Gesangsmitglied ermöglicht, aufhört sie zu solchen Redeböden zu zwingen.

Peter Behrens über den Hochhausbau.

Die wirtschaftliche und soziale Aufgabe des Hochhausbaus ist oft diskutiert worden, nicht minder aber verdient der Bau von Hochhäusern als kulturhistorische Frage Beachtung. Der große Berliner Peter Behrens ist in einem Aufsatz in der „Stadtbauzeitschrift“ ein Urteil über den hochhausbau abgegeben. Im Anschluß an die mit der Stadtentwicklung, die in die Höhenentwicklung einer Stadt einbezogen wird, ein Gesicht, das zeigt, Beobachtungspläne für die vertikale Silhouette der Städte zu erörtern und festzulegen, die

mit dem willkürlichen Bau von Hochhäusern begonnen werden dürfte. Diese Pläne freilich müßten das Ergebnis reifer künstlerischer und praktischer Überlegungen sein, ein Erfolg wahrhaft plastischen Gestaltens. Behrens fußt da auf seinen amerikanischen Erfahrungen. Wir sollten nicht mit den ersten Fehlern der dortigen Hochhäuser neu beginnen, nachdem Amerika alle Vorarbeiten längst überwunden hat. Man begann dort mit eigenmächtiger Gestaltung der einzelnen Hochhäuser als isolierte Körper ohne jeden Bezug zum Stadtbild. Daran trifft man in Neu York zufällig entstandene Gruppierungen, die überhaupt erst ein künstlerisches Prinzip der Stadtbaukunst ahnen lassen. In manchen Stadtvierteln kam der Charakter der Stadt als eines großen, auf einem Grundplan modellierten Relief, das sich aus vielen Schichten aufbaut, zum Ausdruck. Häuserquartiere von gleicher, mächtiger Höhe sind da umstanden von höheren Gebäuden, so daß man den Eindruck hat, als ob die Dächer der Gebäude eine riesige Terrasse bilden, daß gewissermaßen ein Platz in einer höheren Region schwebt. Die Wände dieser Platzvorstellung setzen aber wieder eine zweite höhere Terrasse fort, zwar in unregelmäßiger Form, aber wieder eingeschlossen oder wenigstens an den Ecken oder den Seiten gehalten von noch höheren Gebäuden. So entstehen über dem Straßenniveau und den niedrigen Häusern Raumwirkungen, die nicht wie unire Marktplätze an die Totterkante gebunden, sondern die bei ihrer großen Ausdehnung verschiedene Stadteile für das Auge zueinander in Beziehung bringen. Und gerade darin liegt die grandiose Gestaltungskraft des Hochhausbaus, daß es ermöglicht, über Straße und Markt hinaus die Stadt als ein großes zusammenhängendes Ganzes auch hinsichtlich wahrzunehmen. Ein Hochhaus kann die Einheit eines ganzen Stadtviertels zerstören, wenn es nicht dort steht, wo gerade das Heranrücken einer energiegelichen Sentenzen für das Stadtbild notwendig ist und wenn es auch in seiner Gliederung sich nicht der Nachbarschaft einfügt.

Theaterchronik. Direktor Ludwig Neuhof in Hofbad, der unter hundert Bewerbern als Nachfolger Sechtes zum Intendanten des Stadttheaters in Halle ernannt worden war, hat die Wahl abgelehnt.

Silbende Kunst. Karl Winnen, der bekannte Wortschreiber Kaiser, ist, 58 Jahre alt, in München gestorben. Viel genannt wurde sein Name vor etwa einem Jahrzehnt, als er mit Unterstützung zahlreicher deutscher Künstler und Kunstfreunde einen „Protest“ gegen das Eindringen der französischen Kunst in die deutsche Kunst — das Schicksal von Schinkel's Bauakademie in Berlin, auf die die benachbarte Darmstädter Bank die Augenmerk gerichtet hat, ist noch immer in der Schwebe, und vergebens warnt dieser die Deutschen auf eine Stellungnahme der berufenen Instanzen, die sich der Erklärung dieses Schicksals neuer Bedeutung des größten Architekten Berlins für Freude von Kunst und Wissenschaft annehmen sollten. Noch immer ist zu befürchten, daß die Finanzverwaltung einem im Augenblick verlockenden Angebot zuliebe die dauernden Interessen aus der Betrachtung hintanzieht. Also schon wieder ein Bankrott als künstlerischer Vampir.

völkertum bei der Landwirtschaft vorhanden wäre. Wir zittern aus seiner Rede folgendes:

Müssen wir für unsere Lebensmittel Weltmarktpreise zahlen, so müssen wir auch Weltmarktlöhne zahlen. Es ist daher eine Notwendigkeit, die wichtigsten Dinge den Menschen billiger zu liefern, als die Weltmarktpreise sind. Brot, Mehl und Kartoffeln sind des Volkes Hauptnahrungsmittel. Seit Wochen entbrennt der Streit, ob man dem Volke das Brot billiger liefern will. Schuld, daß es bisher nicht geschah, trägt der preußische Junker, der keine Verantwortung fühlt und den es nur nach Macht gelüftet. Er muß herangezogen werden, um eine Verbilligung der wichtigsten Nahrungsmittel durchzuführen. Von Deutschlands Kulturböden ernten wir bei mittelmäßigem Ertrag jährlich 10 Millionen Tonnen Brotgetreide und 7 bis 8 Millionen Tonnen Gerste und Hafer. Wir verlangen, daß der fünfte bis sechste Teil der Tonnen zum Erzeugerpreis umgelegt wird, mag die Landwirtschaft dann für den übrigen Teil den Weltmarktpreis fordern. Man mutet ihr damit nicht zuviel zu; denn die Preise für Kunstdünger und Maschinen sowie die Arbeitslöhne sind nur um das Dreifache gestiegen. Der Weltmarktpreis aber ist dreimal so hoch als die Produktionsbereinigung.

Die Umlage müßte sich auf den gesamten deutschen Kulturboden erstrecken. Freiwirtschaft ist nur richtig, wenn wir weltwirtschaftlich frei atmen können. Wir müssen sorgen, daß wir die Menge des fehlenden Grundstoffes zum Alimen aus deutscher Hand bekommen. Kann man den Landwirten auf die vorgeannte milde Art nicht bekommen, dann müßte der ganze deutsche Boden als Steuer eine Naturalrente übernehmen. Neben dem Brot ist die Kartoffel trotz des Verprechens der Landwirte, sie zu angemessenen Preisen zu liefern, zu teuer. Heute ist es bei uns so, daß die aus Danemark eingeführte Kartoffel den Inlandspreis bestimmt. Zahlen wir die verlangten Preise nicht, verschwindet die Kartoffel vom Markt und wird verfüttert. Die Landwirtschaft hat mehr Tiere, als sie angibt und veräußert dadurch die Menschen. Gewiß ist es das Recht des Produzenten, wenn er sein Inventar zu verbessern sucht, aber das darf nicht auf Kosten der Menschen geschehen. Und für die Kartoffel müßte eine Umlage eingeführt werden, und zwar sollten davon nur die Großbetriebe betroffen werden, machen doch 75 Prozent unserer Kartoffeln auf den Besitzungen der Großagrarier.

Diesen sachkundigen und gewiß nicht zuviel von der Landwirtschaft fordernden Ausführungen stellte man die aufreizenden Reden agrarischer Führer gegenüber, die bei Aufrechterhaltung des Umlageverfahrens für Brotgetreide ganz offen den Lieferstreik proklamierten. Diesen Leuten steht eben der Profit höher als das Wohl des Volksganges.

Lebedour vielleicht für Koalition.

In der Berliner „Freiheit“ veröffentlicht Lebedour einen Artikel, in dem er sich mit den „Verantwortlichen eines Regierungsbündnisses mit bürgerlichen Parteien“ innerhalb der Unabhängigen Partei auseinandersetzt. Er wendet sich gegen die Auffassung, daß das Leipziger Manifest die Möglichkeit einer Koalition mit bürgerlichen Parteien offen lasse und erinnert daran, daß er gegen die Anhänger der Koalitionspolitik die Aufnahme eines Satzes in das Manifest durchgesetzt habe, der eine „Klassenkampfpolitik“ frei von jeder Regierungskoalition mit „bürgerlichen Parteien“ verlangt. Er fährt dann fort:

In der Begründung zu diesem Antrag wies ich darauf hin, daß das Spiel mit den hypothetischen Möglichkeiten irgend-einer taktischen Koalition in der Zukunft an sich ein Versehen sei, das auf die Verminderung und auf die Untergrabung jeder Stellungnahme hinauskomme. Man müsse einer solchen hypothetischen Frage: „Was würdest du tun, wenn einmal in fünf oder sechs Jahren ein Ereignis eintreten würde?“ immer die Antwort entgegensetzen: „Darüber werde ich mich entscheiden, wenn der Fall wirklich eintritt.“ Nach alter Erfahrung spielen sich die Dinge in der Praxis niemals so ab, wie man die Zukunftsentwicklung nach Augenblids-empfindungen zu konstruieren sucht. Gibt man aber auf solche hypothetischen Zukunftsfragen eine Antwort, so dient das dem Fragesteller nur dazu, um eine für die Gegenwart mögliche, bestimmte Stellungnahme zu bereiten. Eine Partei dürfte deshalb, wenn sie Maßnahmen für ihr politisches Verhalten aufstellen will, sich nur von den zurzeit vorhandenen klar erkennbaren Tatsachen in ihrer Entscheidung beeinflussen lassen und müsse alle hypothetischen Zukunftsspekulationen von der Hand weisen.

Man kann alles mögliche behaupten, nur das nicht, daß eine solche Stellungnahme eine grundsätzliche Ablehnung der Koalitionspolitik darstellt. Man muß im Gegenteil darüber erörtern, mit welcher Vorsicht selbst Lebedour für die Zukunft alle Türen offen halten will. Grundsätzliche Gegner der Koalitionspolitik scheint es danach überhaupt nicht mehr zu geben. Die Sache steht vielmehr so, daß die Sozialdemokraten und ein Teil der Unabhängigen die Notwendigkeit der Koalitionspolitik unter den gegebenen Umständen einsehen, während der andere Teil der Unabhängigen diese Politik jetzt noch ablehnt und erst noch „auf dieses oder jenes Ereignis“ warten will.

Selbstfalls ist die Zeit, da jede Koalitionspolitik mit „Arbeiterpartei“ abgeschlossen wurde, ein für allemal vorbei.

Kommunisten und Einheitsfront.

In Berlin demonstrierten am 20. April Unabhängige und Kommunisten gemeinsam. In vielen Aufrufen und noch mehr Artikeln wurde diese Demonstration als die endlich hergestellte „Einheitsfront“ gepriesen. Am Tage darauf herrschte in den Reihen der Berliner Unabhängigen schwerer Kassenjammer, wäh- Kommunisten vergnügt schmunzelten: sie hatten wieder einmal die „Einheitsfront“ für ihre Zwecke ausgenutzt. Während nämlich die Demonstration aufzog, wurde die „rote Fahne“ verkauft mit einem Artikel „Die Großverdiener in der U. S. P.“. Darin hieß es u. a.:

Die U. S. P. hat fast nur armelige Schächer in den Berliner Magistrat geschickt, deren Unzulänglichkeit wohl niemand besser kennt als die durchtriebenen Kleinstrategen der Rechtssozialisten. Hier zunächst einmal einige Beispiele für die Unzulänglichkeit der U. S. P.-Stadträte im Berliner Magistrat. . . . In diesen Beispielen wird u. a. gesagt: „Der unabhängige Stadtrat Schlichting markiert den „Strammengrund“. In der Wohnungsfrage ist er, der Verwalter eines gewerkschaftlichen Eigentums, ganz Hausagrarier. . . . Der Stadtrat Radtke in Neukölln ist ein kompletter Hausagrarier, genau so engstirnig, genau so brutal, genau so unbeherrschbar wie seine bürgerlichen Komplizen.“

Die unabhängige „Freiheit“ antwortet darauf auf der zweiten Seite jener Nummer, deren erste ganz gefüllt ist von der „Freude“ über die endlich hergestellte „Einheitsfront“. Es paßt schlecht zu der „Einheitsfront“ der ersten Seite, wenn auf der zweiten von dem „Gewäch der Kommunisten“ die Rede ist, wenn von Subelartikeln, Albernheiten usw. gesprochen wird.

Aber das ist eben die Methode der Kommunisten: sie wollen ihre Sudeletzen an den Mann bringen. In Berlin ist ihnen das wieder einmal glänzend bei den Unabhängigen gelungen.

Die „Freiheit“ nimmt auch Stellung zu der Erklärung des russischen Kommissars für Justiz, in welcher dieser ankündigt, daß die russischen Gerichte sich den Teufel um die Berliner Beschlüsse kümmern und ganz nach Belieben der russischen Regierung die 47 Sozialrevolutionäre zum Tode verurteilen werden. Die „Freiheit“ sagt dazu:

Die Neuerungen der Moskauer Nachhader, die sich um die in Berlin getroffenen Vereinbarungen nicht kümmern, stellen einen Verstoß gegen Freu und Glauben dar, der die Herstellung der doch auch von den Kommunisten geforderten Einheitsfront völlig in Frage stellen muß. Darüber kann auch die Möglichkeit einer monarchistischen Geiste, der in Aussicht gestellten Begnadigung, nicht hinweggelassen werden. In demselben Augenblick, wo das deutsche revolutionäre Proletariat für die Integrität der russischen Revolution demonstriert hat, muß es geradezu als ein Sohn und eine Herausforderung wirken, wenn man in Moskau von den Sozialisten einen Verzicht „auf den bewaffneten Kampf und den Terror gegen die Sowjetregierung“ fordert. Die Amnestie soll sich nicht auf alle Sozialrevolutionäre beziehen, besonders nicht auf diejenigen, die in den Kertern des Barismus schmachten. . . . das sind nicht die Methoden, die zur Einheitsfront führen.

Das sagt die „Freiheit“ in der gleichen Nummer, in welcher sie die Berliner Sozialdemokraten mit Vorwürfen überhäuft, weil sie ablehnten, mit den Kommunisten gemeinsame Aktionen zu unternehmen.

Die Feststellungen der „Freiheit“, daß die Moskauer Nachhader die Einheitsfront völlig in Frage gestellt haben, sollte aber von allen unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeitern dort beachtet werden, wo zum 1. Mai gemeinsame Veranstaltungen beschlossen wurden. Wie halten es für notwendig, daß an die örtlichen Organisationen der Kommunisten die Frage gerichtet wird, wie weit sie mit der Haltung der Moskauer Gewalthaber gegenüber den Berliner Beschlüssen einverstanden sind. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß die kommunistischen Arbeiter in den Vertrieben ehrlich die Einheitsfront wollen und gewillt sind, auch ihre Führer in Berlin zur Ehrlichkeit zu zwingen.

Notizen.

Bekanntung Otto Sues. Die Beerbigung des Verarbeiters Genossen Sues, dessen plötzlicher Tod die gesamte Arbeiterschaft mit Trauer erfüllte, findet am Sonntag nachmittags statt.

Lüttich, wo bist du? Nach der Meldung eines rechtsstehenden Blattes soll Kapp bei seiner Festnahme in Sagnitz den ihn verhaftenden Kriminalrat gefragt haben, ob auch General Lüttich schon in Deutschland eingetroffen sei. Kapp rechnet angeblich damit, daß auch die übrigen noch flüchtigen Angeklagten des Kapp-Putsches sich selber stellen werden. Zu solchem Optimismus liegt eigentlich wenig Anlaß vor, namentlich was den General v. Lüttich anbelangt, der bekanntlich sein Ehrenwort für sein Verbleiben verpfändet hatte, dann aber die Flucht nach dem Ungarland vorgezogen hat, wo er sich in den Armen einer jugendlichen ungarischen Gemahlin den Verhältnissen entsprechend wohl befinden soll. Denn: nach getanen Putsch ist gut ruhn.

Erzberger-Mordprozess. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen Kapitänleutnant a. D. Manfred v. Killinger und Leutnant a. D. Herbert Müller, die der Beihilfe am Mord an Erzbergers beschuldigt sind, wird am 15. Mai in Offenburger Rechtsanwaltschaft Dr. Kriza und einem Rechtsanwaltschaft aus München verteidigt. Die Verhandlung dürfte sich auf 10 Tage erstrecken.

Der 1. Mai in Bremen. In Bremen ist der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag festgelegt. Der Bürgerkrieg wurde nun ein Gelegenheitsvorfall, der die Aufhebung des 1. Mai als eines arbeitslosen Feiertags vorschlägt. Bei der Beratung kam es zu heftigen Zusammenstößen, so daß die Sitzung aufgehoben werden mußte. Bei der Wiederöffnung wurde die Beschlussfähigkeit festgestellt.

Internationale Demonstration der Jugend. Die Arbeiterjugend-Internationale (Sozialdemokr.) und die Internationale Arbeitgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen (Unabhängige) erlassen einen gemeinsamen Aufruf an die arbeitende Jugend aller Länder, in dem sie zu wirkungsvollem Massenprotest gegen Militarismus und Ausbeutung am 24. und 25. Juni 1922 (dem internationalen Jugendtage) auffordern.

Waffenfund in Leipzig. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte in einem Grundstück in der Nonnenmühlengasse in Leipzig ein schweres und ein leichtes Maschinengewehr, zehn Infanteriegewehre, eine Riste Handgranaten und einen Kasten Maschinengewehrmunition. Zwei junge Kaufleute, die beauftragt waren, das Material wegzuschaffen, wurden verhaftet. Die Nachforschungen ergaben, daß außerdem ein dortiger Zahnarzt, ein Kaufmann und wahrscheinlich noch andere Personen beteiligt sind. Die ermittelten Personen wurden festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt. Nach den beteiligten Personen muß es sich um Waffen rechtshänder Kreise handeln, wahrscheinlich einer jener reaktionären Geheimorganisationen, deren Existenz schon vor Monaten durch den sächsischen Innenminister enthüllt wurde.

Die 46-Stunden-Woche der Textilarbeiter. Der Textilarbeiterverband hielt am Ostermontag in Berlin eine außerordentliche Beiratsitzung ab, die sich mit der Verteidigung des Achtstundentags befaßte. Es wurde eine Entschließung gefaßt, die u. a. besagt, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie keineswegs durch die 46stündige Arbeitswoche gelitten hat. Den besten Beweis bilden die Gewinne der letzten Jahre. Im Fall etwa notwendiger Kämpfe um die 46-Stunden-Woche wird die Erhebung wöchentlich der Erarbeitete in Höhe eines Stundenlohns im Streitfall vorgezogen. Der Beirat weist das Ansehen gewisser wirtschaftlicher Sachverständiger, den Achtstundentag zeitweilig oder dauernd zu beschränken, ganz energisch zurück. Pflicht des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes müßte es sein, diese sogenannten sozialistischen Sachverständigen auf das Arbeiterjährende ihres Verhaltens aufmerksam zu machen und ihre Argumente mit aller Schärfe zurückzuweisen. — Die sächsischen Textilarbeiter machen gegenwärtig eine Abstimmung über die Annahme eines Schiedsspruchs des bayerischen Landesvereinsungesamtes. Wird der Schiedsspruch abgelehnt, dann ist der Kampf unvermeidlich.

Deutsch-spanische Wirtschaftsbeziehungen. Die spanische Regierung hat sich bereit erklärt, mit der deutschen Regierung über die Gestaltung der zukünftigen deutsch-spanischen Wirtschaftsbeziehungen zu verhandeln. Nachdem die Vorarbeiten für diese Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Regierungsstellen und Interessenten abgeschlossen worden sind, begab sich die deutsche Delegation unter Leitung des Ministerialdirektors v. Stockhammer am Freitag nach Madrid.

Depeschen.

Die Franzosen protestieren.

Paris, 22. April. Die Agence Havas meldet aus Genoa: Die französische Abordnung konnte gestern Abend an den Vorsitzenden der Konferenz Facta ein Schreiben, in welchem sie gegen den Inhalt der deutschen Antwort auf die Entschließung der Alliierten Einspruch erhebt. In diesem Schriftstück befreit die französische Abordnung die Rechtmäßigkeit des deutsch-russischen Vertrags, welcher den Bedingungen von Cannes widerspreche. Sie ersucht Facta, die Bevollmächtigten der neun alliierten Mächte, die die Entschließung vom 18. April unterzeichnet haben, zu einer Besprechung einzuberufen. — (Schluß des reaktionellen Teils.)

Bel Optiker Schacht
Große Münzstraße acht
Wird Ihre Brille
Am billigsten gemacht.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

(Bestellungen nehmen alle Zeitungsauftraggeberinnen entgegen.)
Zur Abholung liegen bereit:
Der Führer Nr. 1 Arbeiterjugend-Internationale Nr. 1.
Wieder vorwärts! Band:
Gustav Landauer: Der werdende Mensch. Feiner Stahlbleinband, 380 Seiten, mit Schlußwort 1920. 20.
Leonhard Frank: Der Mensch ist gut. Volksausgabe 1200 M.
Frank v. Vandenberg: Vertreter Amerikas in Genoa: Was Europa geworden ist. 25.00 M.
Karl Ludwig Schleich: Was Problem des Todes. 2200 M. Gebundene Ausgabe und 10.00 M.
27. M. Einige wichtige Lehren. 33.00 M.
Karl Bauer: Stamme. Gedichte 14.00 M.
Das lustige H. Braun-Buch. 30.00 M.
Wir machen an dieser Stelle besonders auf unser Ausnahmangebot für Funktionäre (siehe Inseratenteil) aufmerksam.



Noch können Sie günstig kaufen!

Preiserhöhung ab 6. Mai

Seit unserer letzten Preiserhöhung sind Löhne und Gehalte ganz bedeutend gestiegen und noch ist kein Ende abzusehen, denn schon schweben Verhandlungen der Fabrikanten, die Gläserpreise um weitere 25-30% zu erhöhen. Wir müssen also leider auch unsere Verkaufspreise hinaufsetzen. Doch wollen wir die erhöhten Preise erst am 6. Mai in Kraft treten lassen, bis dahin gelten noch unsere jetzigen billigen Preise. Wir machen unsere werke Kundenschaft darauf aufmerksam, damit sie von dieser Vergünstigung Gebrauch machen kann.

Gläser-Preise pro Paar

jezt	ab 6. Mai
bi-Gläser	M. 26.— M. 38.—
Optik-Gläser	„ 36.— „ 48.—
Punktorik-Gläser	„ 48.— „ 66.—
Sanostop	„ 60.— „ 80.—

Die Preise für Brillen, Kneifer und andre Artikel werden im ähnlichen Verhältnis erhöht.

Optiker Ruhnke

Magdeburg, Breiteweg 26.

34 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Magdeburg, Basel, Zürich.

Provinz und Umgegend.

Lohnzulagen für Landarbeiter und -arbeiterinnen.

Table with 2 columns: Location and Lohnzulage. Locations include Magdeburg Stadt, Zone I; Quedlinburg; Aschersleben; Halberstadt; Magdeburg-Fermersleben und Südost; Magdeburg Stadt, Zone II; Stendal; Börde, Zone I; Börde, Zone II; Nordharpz; Altmarr; Verichow I und II. Amounts range from 0.50 to 1.80 Mark.

Alle übrigen Stundenlöhne, also die der erwachsenen weiblichen und der jugendlichen männlichen und weiblichen Arbeitskräfte, sind um den gleichen Prozentsatz zu erhöhen, um den die Lohnsätze der vollwertigen männlichen Arbeitskräfte gegenüber der letzten Lohnzulage vom 18. März erhöht worden sind.

Parteinachrichten.

Groß-Otterleben. S. P. D. Montag den 24. April Versammlung in den „Sanjakäten“.

Kreis Wanzleben.

Wanderort-Sohlen, 22. April. (Die „Massepartei“ der Unabhängigen) will in unsern beiden Orten bei jeder Gelegenheit die erste Geige spielen. Welch tägliches Bild aber die unabhängige Parteiorganisation in Wirklichkeit in diesen Orten bietet, geht aus einem Bericht der unabhängigen „Volkszeitung“ hervor.

Groß-Otterleben, 22. April. (Der Kartoffelacker) wird nächste Woche zur Verteilung kommen. Es erhalten Familien bis zu drei Köpfen 1/4 Morgen, von vier bis sechs Köpfen 1/2 Morgen und über sechs Köpfen 3/4 Morgen.

Kreis Verichow I und 2.

Burg, 22. April. (Erfolgreiche Verurteilung) Dem Gastwirt Heßlinger in Burg wurde im Juni aus einem Schrank eine Geldkassette mit 5000 Mark Papiergeld, 100 Mark Silber- und 300 Mark Nickelgeld entwendet.

trug und große Beachtungen machte, während er bis dahin so verschuldet war, daß er sogar seine Uhr verpfändet hatte. Trotz der zwingenden Beweise für seine Schuld bestritt er energisch die Tat, ja behauptete sogar, schon dabei zu sein, Licht in die Angelegenheit zu bringen.

Burg, 22. April. (Diebstahl und Hehlerei) brachten sieben Personen auf die Anklagebank. Vor dem Landgericht als Berufsungsinstanz hatten sich zu verurteilen: Bäcker Heinrich Schmeppel, Kaufmann Hans Richter, Zimmermann Karl Jüst, Kaufmann Karl Burghardt, der schon wegen Betrugs und Diebstahls mit 19 Monaten Gefängnis bestraft ist, ferner Arbeiter Willi Nauendorf und Ehefrau Marie Schulze und deren Tochter Frieda.

Gemeindevorsteher Genosse Drewe erklärte den Wert der Fortbildungsschule. Er verlangte mehr Vertrauen zu den von den Parteigenossen gewählten Gemeindevorstehern. Die Arbeiterjugendbewegung in unserm Orte macht gute Fortschritte.

Kölzig, 22. April. (Die Einheitsfront) zum 1. Mai ist auch in unserm Ort in diesem Jahre gewahrt. Am Sonntagabend traten die Funktionäre der Gewerkschaften, Arbeiterparteien und Sportvereine zu einer Sitzung zusammen.

Neuhaldensleben, 22. April. (Die sozialdemokratischen Frauen) hatten sich vor Ostern zu einer Versammlung eingefunden, in der die Parteisekretärin Genossin Arning über die Rechte der Frauen sprach. Sie ermahnte die Frauen, die Rechte als Pflichten aufzufassen.

Kreis Ratze.

An die Ortsvereinsleitungen und Vertrauensleute. Die Verhältnisse veranlassen den Unterbezirksvorstand, einen außerordentlichen Unterbezirkskongress für Parteifunktionäre und alle in den Gemeinden tätigen Genossen und Genossinnen aus dem Gesamtgebiete des Kreises Ratze einzuberufen.

Das Buch Sir John Lubbock: Wir können in unserer Bibliothek sitzen und doch in allen vier Himmelsrichtungen sein, die Welt mit Kapitän Cook oder mit Darwin umsegeln oder Kingsley und Ruskin folgen und von ihnen uns mehr zeigen lassen, als wir mit eigenen Augen sehen würden. Buchhandlung Volksstimme, Gr. Müngstr. 3

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Ausleben, 20. April. (Eine Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins fand im Gemeindefestsaal statt. Nach dem Kassenericht wurde an Stelle des Genossen Giesede, der seinen Posten als Unterverwalter niedergelegt hat, Genosse Gries einstimmig gewählt.

- 1. Bericht des Sekretärs.
2. Die Sozialdemokratie in Kreis und Gemeinde. Referent Landrat Genosse Bergemann.
3. Unsere Frauenbewegung. Referentin Bezirkssekretärin Genossin Arning.
4. Erntemahl für den Unterbezirksvorstand.

Die Ortsvereine müssen sofort in Mitgliederversammlungen zu der Tagesordnung Stellung nehmen. Da nach dem Statut der nächste ordentliche Unterbezirkskongress erst im Jahre 1923 stattfinden darf, so kann der Bezirksverband Delegationskosten nicht erstatten.

Der Unterbezirksvorstand. Kadebed. Berl.

Freusleben-Wörneke, 22. April. (Durch Arbeiterräte) wird auf Beschluß des Ortsrates der Gemeindefestsaal für Schiedsungen und Umgegend auch in unserm Orte der 1. Mai geöffnet. Mittags 1 Uhr versammelt sich die Arbeiterklasse beim Saalbesitzer zum Demonstrationsumzug, der um 2 Uhr durchs Dorf zum Schuldenplatz veranlaßt wird.

Schönebeck, 21. April. (Stadtvorordneten-Versammlung) Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsteher dem verstorbenen Tod. Er hob hervor einen Nachruf über die letzten Kassenerprüfungen berichtet Genosse Grübner.

Schweres Blut.

Roman von Zubani Aho. (42. Fortsetzung.)

Wachstend verboten.

Er sieht Maria mit müden Schritten nach ihrem Speicher gehen und begibt sich nach einer Weile dahin, indem er sich eben auf die Schwelle setzt, wo zuletzt Schmeikla gesessen hatte. Maria hat eine Näherer auf ihrem Antlitz. Was näht sie? Einen Knopf an ein Hemd — an mein Hemd? Steht sie da, so fängt sie schon an einen Knopf an mein Hemd zu nähen, das nicht fertiggeworden war, als sie ging.

Sie hat mir noch nicht vergiessen, es schien mir, als hätte sie es. Aber mag sie mich damit trafen... sie darf mich strafen, wie sie will, nachdem ich es ihr endlich habe sagen können...

Juba sitzt auf einem Baumstumpf seiner Schwende, oben auf der Anhöhe. Die ganze Welt unter ihm ist in Rebell geschüllt, die Seen, die Wälder, seine Wiesen und seine Acker und das Gehöft.

Es ist Juba, als habe er vor sich eine gähnende Leere, in deren Boden er sich vergraben bemittelt hat einzurücken, während Maria gekommen ist. Daraus erhebt sich vor ihm gewiß Marias Verschwinden und ihre Rückkehr, alles andre aber ist wie dunst-erfüllter Bruchwald, in dessen Innerem nur die Geister seiner eigenen grübelnden Gedanken haften.

Weshalb spricht sie nichts? Wenn sie wenigstens erzählte, wenn sie die Rede darauf brächte, da würde ich vielleicht auch selbst leichter. Sie müssen sie dort gequält, gemartert, gequäl, gerissen, vergemacht haben, die stolze, edle, empfindliche, die wie ein Renntier starrte, wenn man sie nur letzte anrührte: moher weh ich, was sie ihr getan haben, wo sie nicht erzählte?

und wandert am lichten Tage wie im Traum umher. Ist so verächtlich, daß sie nicht einmal mit Katja plaudern mag.

Juba lehrt jeden Abend von seiner Schwende mit dem Entschluß zurück, jetzt werde er fragen, jetzt werde er Maria erzählen und sich erleichtern lassen; aber die Frage bleibt stets ungefragt.

Maria sitzt an einem regnerischen Tag — es war ein netter, regnerischer und nasser Sommer in diesem Jahr — in der Stube, unter dem Decken und strickt an einem Strumpf, einem kleinen Kinderstrumpf. Mag er fragen, wenn er will, ich werde ihm sagen, ich stricke für mein Kind. Ich kann es nicht beschreiben...

Und Maria strickt und strickt mit müden, zerstreuten Augen vor sich in die Stube, wo Juba in der Gegend der Tür mit dem Sämbel arbeiten. Sie sah zusammenhanglose Bilder, ohne sie herbeizurufen, ohne sie von sich weisen zu können, obwohl sie es matt verachtete.

Weshalb wurde ich keine Liebe vor ihm? Aber sie konnte diese Erinnerungen nicht wegwischen, hatte keine Kraft dazu, nicht die einen und nicht die andern. Sie kamen, wie das Vieh auf die Waldwiese, deren Zaun vermorst und eingefallen ist, und gingen, trafen gierig und stampften umher, und sie konnte sie nicht verhindern, und alles war so öde und jämmerlich — immer noch regnete es — es wühlte Anja mit dem Hund aufgedrungen ist, wenn sie sich überhaupt getraut hat — was wird aus ihnen werden — sie werden wohl nicht kommen, da sie noch nicht gekommen sind.

(Fortsetzung folgt.)

der Armenkasse in Einnahme und Ausgabe von 88 241 Mark, der Pflegeanstalt von 28 000 Mark, der Schulklasse von 552 075 Mark, der Realgymnasialklasse von 442 227 Mark und der Ackerklasse in Einnahme 12 184 Mark, in Ausgabe 5588 Mark. Ein Antrag des Magistrats, nach den Haushaltsplänen von 1921 weiter zu wirtschaften, wird genehmigt. Der Haushaltsplan der Friedhofskasse stellt sich auf 88 000 Mark. Die neue Friedhofs-Gebühreordnung sieht eine 100prozentige Erhöhung vor, die Sache nehmen Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse der einzelnen Bevölkerungsschichten. Die Freistellen an den höheren Schulen werden auf 15 Prozent erhöht. Es ist nötig, daß Arbeitereltern, die begabte Kinder haben, von diesen Freistellen Gebrauch machen und entsprechende Anträge stellen. Die Schulgebühren an der gehobenen Knabenschule werden erhöht, und zwar von 200 auf 400 Mark für Einheimische und von 240 auf 500 Mark für Auswärtige. Ueber die Aufhebung der Berufsschulbeiträge entspinnt sich eine scharfe Debatte, in die beide Bürgermeister eingreifen. Der Berichterstatter Körting muß ermahnt werden, doch als Stadtverordneter nicht einseitig für seinen eignen Vorteil zu sprechen. Bürgermeister Genosse Ladebeck geht auf den Kern der ganzen Sache ein und nennt Namen aus dem sogenannten Handwerkerbunde, die als Querstreiber wirken, um die Schulen nicht aufkommen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Tätigkeit des Herrn K a r n a b a, der an der Spitze des Handwerkerbundes steht, einer Kritik unterzogen. Stadtrat G e r m a n n stellt als Steuerbegrenzt die unrichtigen Angaben des Stadts. Körting über die Besteuerung der Gewerbetreibenden richtig. Die Bewilligung eines Zuschusses von 2000 Mark an die Freireligiöse Gemeinde zur Erteilung von Moraliunterricht wird beschlossen, nachdem Stadts. W a r m a n n dagegen gesprochen und Genosse B r a u n die Notwendigkeit begründet hat. Er macht die Bürgerschaft auf den Etat aufmerksam, in den für die Kirchen Gelder eingestellt sind. Die Erhöhung der Schankkonzessionsgebühren wird angenommen. Die Sache wird um das Drei- bis Fünffache erhöht. In einen Schwerekriegsbeschädigten wird eine 2. Hypothek von 8000 Mark gegeben. Einem Dringlichkeitsantrag des Magistrats um Bewilligung von 3000 Mark für die Geschädigten des Hauseinfurzes in der Moonstraße wird zugestimmt. Es handelt sich um drei Familien, die 48 000 Mark Schaden erlitten haben. Für den verstorbenen Stadts. Thormeyer wird Stadts. W a r m a n n als Wohnungsbaukommissar gewählt. Wenn die Bürgerlichen was vom 1. Mai hören, geraten sie in ohnmächtige Wut.

Bei einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Schließung der städtischen Bureaus am 1. Mai plachten die Gemüter hart aufeinander. Der Antrag hat den Zweck, den Beamten und Angestellten Gelegenheit zu geben, an den Veranstaltungen am Feiertag der Arbeit teilzunehmen. Mit großer Wut stemmen sich die bürgerlichen Stadtverordneten dagegen, sie gönnen den Beamten und Angestellten am 1. Mai keinen freien Tag. Die Genossen S c h r a d e r, S o b e r und K o l t e vertreten den Beschluß der Betriebsräte am Ort auf Arbeitsruhe. Besonders unfernig rennt Stadts. Körting gegen die Maßfeier an, so daß es zu einem Konflikt zwischen unserm Genossen Nolte und dem bürgerlichen Körting kommt. Körting meint, wenn man am 1. Mai die städtischen Bureaus schließt, dann müsse man es auch zu den Jahrmärkten tun. Dieser Vergleich des Weltfeiertags mit einem Jahrmarkt bedeutet eine Beleidigung der ganzen Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft wird sich dieses Verhalten des Stadts. Körting merken. Gegen die Bürgerlichen wird beschlossen, die städtischen Bureaus am 1. Mai zu schließen.

Marz.

Wernigerode, 21. April. (Wieder ein deutschnationaler Verleumder.) In der monarchistischen „Wernigeröder Zeitung“ stand im vorigen Jahr ein Artikel, überschrieben „Spotgeburten“, der schwere Beleidigungen gegen den „Vorwärts“-Redakteur Genossen K u t n e r enthielt. Dieser hatte darauf den politischen Redakteur Förster der „Wernigeröder Zeitung“ wegen Beleidigung verklagt. Der Prozeß endete mit einer Verurteilung des Verleumders zu 1000 Mark Geldstrafe. Der Deutschmonarchist hatte sich die Behauptung, daß sich Genosse K u t n e r während des Krieges in der Steppe herumgedrückt habe, einfach aus den Fingern gesogen. In dem Urteil ist ausdrücklich hervorgehoben, daß der Vorwurf der Brüderbergerei vom Frontdienst eine außerordentlich schwere Beleidigung darstellt und wider besseres Wissen, zum mindesten mit äußerster Fahrlässigkeit von dem Verleumder aufgestellt worden ist.

Kleine Chronik.

Sturm gegen einen Film. Wohl kaum ein Film hat in Berlin jemals so viel Erregung verursacht wie der

Friedrichs-Mag. Film, den die Nationalisten als vorzügliches Werbemittel für ihre bevorstehende „Friede“-bedachten. Donnerstagabend versammelten sich vor den Friedrichs-Bühnen am Kottbuser Damm mehrere tausend Personen, die entschieden gegen dieses Nachwerk demonstrierten. Die Erregung wurde derartig, daß ein Teil der Protestierenden in das Kino einbrang und sich anschickte, die Einrichtung zu demolieren. Auf das Eingreifen der Schupo hin ließen sie von ihrem Vorhaben ab und gingen schließlich auseinander.

Starker Schneefall im Riesengebirge. Seit Donnerstag um Mitternacht geht im ganzen Riesengebirge bis herunter ins Tal starker Schneefall nieder. Auf der Ramuhöhe ist das Thermometer bis auf 6 Grad unter Null gesunken.

Die Explosion in Monastir. Die große Explosionskatastrophe in Monastir hat nach neuesten Nachrichten etwa 1800 Menschen das Leben gekostet. Namentlich viele Kinder sind dem Unglück zum Opfer gefallen. Die Explosion war so heftig, daß die meisten Häuser der Stadt abgedeckt wurden. Nach den Berichten dehnte sich die durch die Munitionsexplosion verursachte Feuersbrunst infolge des starken Windes auf die ganze Stadt aus, die einem Flammenmeer gleicht. Die gesamte Bevölkerung von über 40 000 Personen ist obdachlos und flüchtet in die umliegenden Berge und Wälder. Insgesamt sind 400 Waggons Munition aller Art in die Luft geflogen. Die Dörfer der Umgebung sind vollkommen zerstört. Die Explosionen dauern noch fort.

(Schluß des redaktionellen Teils.)



1 1/2 Duzend Zylinder
werden durch die Oel-Licht-Strömung...
Schnell und leicht...
H. L. L. L. L.

Zöpfe in allen Farben
von 45 bis 90 L. an
Alle modernen Haararbeiten
in großer Auswahl
Albert Schwieger
Spezialgeschäft für Haare
Jakobstraße 43, Sept. 1918, 18te Allee Markt.

Crêpe de Chine
entworf. alle modernen Fertigkeiten, noch sehr preiswert
Verkaufsstelle: Bäckerladen, Alte Ulrichstr. 10 (gegenüber d. Ulrichskirche).

Sanz enorm hohe Preise für
altes Eisen
erschaffen Sie sich wertvolle Stücke für 13 bei
Tel. 8476 H. Limmer, Tel. 8476

Weißer Kognakflaschen
Rot- u. Weißweinflaschen
Adolph Behrendt

Sich kaufe ständig
Alteisen

Eisenschlacken
F. Hirschhorn

Hüte, Felle, Rauchwaren
E. W. Schönemann
Magdeburg, am Georgenplatz 14.

Bertilos
1800 Wrt. OBwald

Gerahnte Bilder

Gold

Silber

Platin

Alle Schiffe

Brillanten

St. Pauli

EINE ANZEIGE
in unsrer Maifestnummer zu bestellen, sollten Sie nicht vergessen. Denn die zum 1. Mai erscheinende Ausgabe der Volksstimme, die dem Weltfeiertag der Arbeit gewidmet ist, wird von unsern zahlreichen Lesern immer mit ganz besonderer Aufmerksamkeit gelesen. Weil ferner die diesjährige Maifestnummer überall zwei volle Tage ausliegt, findet Ihre Anzeige auch erhöhte Beachtung. Lassen Sie deshalb diese äußerst günstige Werbebelegenheit für Ihre Firma nicht ungenützt vorübergehen.
VERLAG VOLKSSTIMME FERNBUD 1567

Schafwolle
trocken zu weiten Kammergarn...
H. Würtens

Schafwolle, Strumpfahfälle
Woll-Waaren-Zentrale

Stromer

Ferngläser
Zeiß
Goerz
M. Lauter

Unreines Blut
besiegen Sie durch die Blutreinigungsmittel
der Hof-Apotheke

Möbel
zu äußerst billigen Preisen
auf Basis Zahlungserleichterung
Einzel-Möbel
Böhne, Speise- und Schlafzimmer
Moderne Küchen
Geissler

Sehr billigen Preisen
und guten Qualitäten.
Damen-Mäntel
Kostüme
Hüte
Kleider, Strickjacken u. Jumper
Herren-Anzüge
Ein Posten berbe Arbeitsboxen
Sieverlings
Etagen-Geschäft
17 Jakobstraße Nr. 17

Billige Schäfte!
Anfertigung von Maß- und Versand-Schäften
Schäftestepperei Heider

Nähmaschinen
Lange & Peunigsdorf, Magdeburg

Pferdedung
Maschinenfabrik Buckau, A.-G. zu Magdeburg

Zahlen
bedeutend erhöhte Preise für alle Sorten
Felle und Schafwolle, Alt-Eisen, Alt-Metalle, Papier, Flaschen all Art, Lampen, Knochen etc.
A. Ferscht & Com.

